

Parteien erhöhen Druck auf Verwaltungsrat

Die SVP fordert nun «sehr harte Massnahmen», und auch die anderen Parteien gehen hart ins Gericht mit den KSA-Verantwortlichen.

Christine Wullschleger

Die SVP meldete sich als erste Partei mit einer Stellungnahme zur «desaströsen finanziellen Lage» und zum Finanzierungsgesuch des KSA in der Höhe von rund 240 Millionen Franken. Ohne finanzielle Stütze des Kantons wäre das Spital «gegründet», schreibt die SVP. Tragisch sei, dass sich diese Entwicklung bereits seit Jahren abgezeichnet habe und seitens der Verantwortlichen zu wenig energisch gehandelt wurde. Auch den Start des Neubaus hätten die Verantwortlichen «durchgeboxt», obwohl «Berichte vorlagen, welche die Tragbarkeit des Neubaus nur bei Eintreffen aller optimistischen Annahmen des Businessplans als gegeben sahen». Man habe nicht übersehen können, «dass die Tragbarkeit nicht gesichert war», so die SVP. Auch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine lässt die Volkspartei nicht gelten als Grund für die Misere. «Die finanzielle Notlage wäre auch ohne diese Ereignisse eingetroffen».

Das KSA sei nun definitiv ein Sanierungsfall und es seien sehr harte Massnahmen erforderlich, damit es wieder auf Kurs kommt, glaubt die SVP. «Es reicht definitiv nicht, nun einfach Geld vom Kanton zu überweisen und im gewohnten Trott weiterzumachen.» Eine Wiederholung dieses Finanznotstands muss verhindert werden. Die SVP fordert den Regierungsrat auf, «seine Eigentümerrechte wahrzunehmen und eine rasche finanzielle

Gesundung des Kantonsspitals in die Wege zu leiten».

FDP: Auch Modell mit zwei Spitälern hinterfragen

Der Freisinn zeigt sich «besorgt, dass das KSA ohne Finanzhilfe vor dem Aus steht». Er erwarte vom Regierungsrat, dass er das Gesuch kritisch prüfe, rasch Transparenz schaffe und klare Erwartungen an das Sanierungskonzept stelle, so FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker. Eine strategische Überprüfung notwendig, «ergebnisoffen und ohne Tabu». Neben einer Prüfung der Privatisierung muss laut Hilfiker auch die Zusammensetzung der strategischen Führungsebene untersucht werden.

«Es reicht nicht, Geld zu überweisen und im gewohnten Trott weiterzumachen, eine Wiederholung des Notstandes muss verhindert werden.»



Desirée Stutz
Fraktionschefin SVP

«Auch die Organisationsform mit zwei separat geführten, aber sehr unterschiedlich performenden Kantonsspitalern sollte – ebenfalls ergebnisoffen – sorgfältig analysiert werden.»

Die Anhörungsvorlage zur Gesundheitspolitischen Gesamtplanung stelle verschiedene Grundsatzfragen dazu, die es in den kommenden Monaten zu diskutieren und zu beantworten gelte, so die FDP. Über allem stehe die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die Aargauer Bevölkerung.

Grüne: Beratungen über Strategie aussetzen

Die Grünen anerkennen die Leistungen des KSA als «bedeu-

«Neben der Prüfung der Privatisierung muss auch die Zusammensetzung der strategischen Führungsebene untersucht werden.»



Silvan Hilfiker
Fraktionschef FDP

tendes Zentrumsspital und damit als wichtiges Element der Leistungen der öffentlichen Hand». Die Grünen erwarten, dass der Regierungsrat die strategische Ausrichtung des KSA überprüft und Konsequenzen bei der Besetzung des Verwaltungsrats zieht.

Sie fordert, dass die Beratungen über die Steuerstrategie des Kantons ausgesetzt werden, bis angesichts der verschiedenen aktuellen Krisen deren finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt geklärt sind. Die Belastung der Kantonskasse könne zwar begrenzt werden. Allerdings sind damit für die Grünen «weitere Steuersenkungen vom Tisch».

«Wenn der Kanton das Mitspracherecht abgibt, kann er die Grundversorgung nicht mehr sicherstellen, für die er verpflichtet ist.»



Nora Langmoen
Co-Präsidentin SP

SP: Privatisierungsgelüsten jetzt nicht nachgeben

Die aktuelle Situation rechtfertigt laut SP nicht, nun den Privatisierungsgelüsten bürgerlicher Parteien nachzugeben. Privatwirtschaftlich organisierte Institutionen würden ihr Geschäft nach der Rentabilität ausrichten. «Wenn der Kanton hier das Mitspracherecht abgibt, kann er die Grundversorgung nicht mehr sicherstellen, für welche er aber gesetzlich verpflichtet ist», so die SP. Die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gehört für die SP weiterhin in öffentliche Hände und braucht ausreichend finanzielle Ressourcen. «Öffentliche Spitäler agieren immer mehr wie private Unternehmen und orientieren sich an wirtschaftlichen Kennzahlen. Das birgt viele Risiken. Es ist angezeigt, dass Regierung und Parlament ihre Gewinnerwartung an öffentliche Gesundheitsinstitutionen überdenken.»

Die Mitte: Struktur- und Kulturwandel notwendig

Für die Mitte Aargau ist der Antrag des KSA zur Kapitalerhöhung zwar «keine Überraschung», aber in der Höhe von 240 Millionen «erschreckend». Mit dem Neubau sei das KSA auf dem linken Fuss erwischt worden. Die Bauteuerung und Zinsentwicklung würden deren Finanzplan zur Makulatur machen. Zudem würden die Einnahmen wegbrechen, da wegen Personalmangels nicht alle Betten betrieben werden könnten. «Wer da noch einen positi-

ven Jahresabschluss erwartet, ist naiv», so die Mitte.

«Im KSA ist eine Strukturanpassung unumgänglich. Auch der Verwaltungsrat muss klar in Pflicht genommen werden. Die Mitte Aargau ist überzeugt, dass nur so die negativen Meldungen aus dem KSA aufhören.»

GLP und EVP nehmen Verwaltungsrat in Pflicht

Auch für die GLP hat sich die nötige Finanzspritze für das KSA «leider abgezeichnet», allerdings ist die GLP überrascht über die Höhe. Sie sei der Überzeugung, dass jetzt konsequenterweise über die VR-Besetzung nachgedacht und nötige Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden müssten. Es bestehen aus Sicht der GLP strukturelle Defizite, die «nicht mit Corona entschuldbar sind. Die Situation des fehlenden Personals sei teilweise selbst verschuldet. «Es zeigt sich einmal mehr, dass die gesundheitliche Grundversorgung Systemrelevant ist – wir haben daher gar keine andere Wahl, als den Betrieb des KSA zukunftsgerichtet zu sanieren», so die Grünliberalen weiter.

Mit «Erstaunen» nimmt die EVP das Finanzhilfegesuch zur Kenntnis. Dieses wirft die Frage auf, inwiefern der Verwaltungsrat seine Pflicht hinsichtlich eines nachhaltigen Risikomanagements nachgekommen sei. Die EVP hält am kantonalen Eigentum des KSA fest, aber der Kanton müsse seine Interessen im Verwaltungsrat stärker vertreten können.

Das Personal ist verunsichert und fürchtet weiteren Stellenabbau

Die Geschäftsleitung des KSA hat bekannt gegeben, dass dem Unternehmen die Überschuldung droht. Wie sicher sind die Arbeitsplätze?

Jocelyn Daloz

Das grösste Spital im Aargau ist pflegebedürftig: Der Kanton soll mit 240 Millionen Franken die darbenenden Finanzen des Kantonsspitals Aarau (KSA) aufrechterhalten. Dabei hatte die Geschäftsleitung gerade eben Sparmassnahmen angekündigt und 24 Personen entlassen. Kommt nun die nächste Entlassungswelle, obwohl das Spital nicht zuletzt auch wegen des stetigen Fachkräftemangels leidet?

Anonym geführte Gespräche mit Mitarbeitenden des KSA zeigen: Die Befürchtung schwingt mit. Ein besorgter Mitarbeiter sagt: «Ich weiss nur nicht genau, wo sie überhaupt noch kürzen könnten.» Das KSA habe nicht mal genügend Personal, um sämtliche Betten zu betreuen. Und beim Support könne man eben nicht endlos kürzen: «Je mehr wir dort sparen, desto anstrengender ist es für die Pflege, wenn etwas nicht funktioniert. Und das spüren auch die Patienten.»

Bei der Aargauer Sektion des Berufsverbandes für das Pflegefachpersonal habe man ebenfalls Kontakt zu besorgten KSA-Mitarbeitenden gehabt, die

Angst um ihren Arbeitsplatz haben, sagt Co-Geschäftsleiterin Natalie Avanzino. Sie führt aus: «Gerade das Pflegepersonal

arbeitet unter schwierigsten Voraussetzungen und wartet dringend auf bessere Arbeitsbedingungen, damit der Fachkräft-

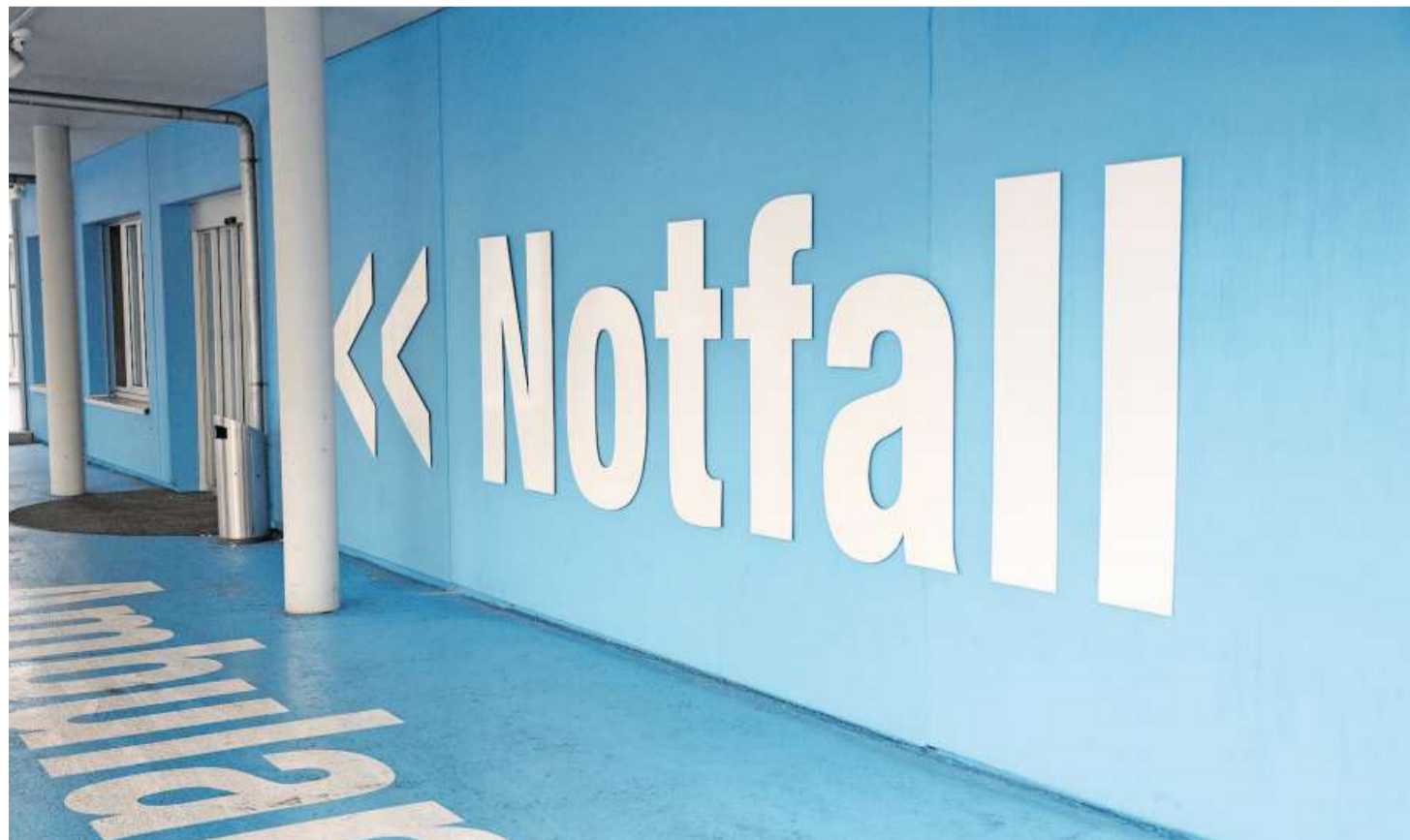
emangel bekämpft werden kann.» Die finanziellen Schwierigkeiten des KSA dürften auf keinen Fall Einfluss auf die Qua-

lität der Spitalleistungen haben. Deswegen sei die Unterstützungsbereitschaft des Kantons zu begrüssen, dieser sei schliess-

lich auch in der Verantwortung, die Gesundheitsversorgung im Kanton sicherzustellen.

Bei der Gewerkschaft VPOD kritisiert Regionalleiterin Silvia Dell'Aquila ein schlecht aufgestelltes System: «Wir waren immer der Meinung, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen.» Die aktuelle Situation beweise, dass man mit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens falsch liege: «Gesundheit ist keine Ware wie ein Brötli. Das sieht man hier: Das Spital kann nicht einfach bankrottgehen, wie eine Bäckerei, die nicht mehr rentiert.»

Dass die Neubauten beispielsweise aus den Gewinnen finanziert werden müssen, statt dass der Kanton baut und die Räumlichkeiten dann vermietet, sei Unsinn und habe zur Situation beigetragen, glaubt Dell'Aquila. Dazu kämen die mit den Krankenkassen verhandelten Tarife und Fallpauschalen, die es den Spitalern nicht ermöglichen, selbsttragend zu sein. Sie fordert deshalb, dass man die aktuelle Situation zum Anlass nimmt, eine Diskussion über die Rahmenbedingungen wie auch die Arbeitsbedingungen des Personals zu führen.



Notfall-Eingang im KSA: Heute ist das Spital selbst krank.

Bild: Toni Widmer